«Restrisiko lässt sich nicht vermeiden»

Der Bundesrat sieht eine Gefahr, dass Terroristen als Flüchtlinge getarnt in die Schweiz kommen. Einzelne Fälle gab es bereits. Nun fordern Politiker eine «bessere Prüfung und mehr Überwachung».

LUKAS LEUZINGER

Es ist der Albtraum jedes europäischen Geheimdienstchefs: Terroristen aus dem Nahen Osten oder Afrika tarnen sich als Flüchtlinge und gelangen versteckt nach Europa. In jüngerer Vergangenheit häuften sich Berichte, die belegten, dass genau das passiert. Die Jihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) hat bereits vor längerer Zeit angekündigt, ihre Kämpfer unter die Massen von Schutzsuchenden zu schmuggeln und so nach Europa zu bringen. Medien zitierten Schlepper, die damit prahlten, Terroristen in Booten unterzubringen.

Wie bedrohlich die Situation tatsächlich ist, lässt sich schwer abschätzen. Fakt ist: In die Schweiz sind bereits Personen als Asylsuchende eingereist, welche die Behörden als potenzielle Terroristen einstuften. Dies teilte das Staatssekretariat für Migration (SEM) gegenüber unserer Zeitung mit. «Das SEM hat Kenntnis von Einzelfällen», hiess es auf Anfrage. Nähere Angaben machte das SEM nicht. Bekannt ist, dass die Bundesanwaltschaft gegen vier mutmassliche Unterstützer des IS in der Schweiz Ermittlungen führt. Der Hauptverdächtige ist ein abgewiesener Asylsuchender aus Irak. Gemäss einem im Mai veröffentlichten Beschluss des Bundesstrafgerichts kämpfte er bereits in Irak für den IS und wurde «in die Schweiz ausgeschleust», nachdem er in einem Gefecht verwundet wurde. Wie dies genau passierte, geht aus dem Dokument nicht hervor. Für die Beurteilung des Sicherheitsrisikos von Asylbewerbern ist der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zuständig. Dieser gibt allerdings keine Auskunft über Terrorverdächtige, die als Asylbewerber in die Schweiz kommen.

Verdächtige Gesuche gehen an NDB

Bei der Behandlung von Asylgesuchen prüft das SEM jeweils «mittels geeigneter Fragen», ob bei einer Person Ausschlussgründe vom Asylrecht vorliegen könnten, wie das Staatssekretariat mitteilt. Vom Asylrecht ausgeschlossen sind Personen, die «verwerfliche Handlungen» begangen haben oder eine Gefahr für die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz darstellen. Besteht der Verdacht auf einen terroristischen Hintergrund, wird das Dossier an den NDB weitergeleitet. Asylgesuche aus gewissen Staaten, in denen terroristische Organisationen agieren, landen automatisch auf dem Tisch des NDB. Welche Staaten das sind, sagt der Geheimdienst nicht. Er bestätigte lediglich, dass Syrien dazugehört.

Angaben schwer überprüfbar

Die an den Nachrichtendienst übermittelten Gesuche würden von diesem «detailliert gesichtet und durch eine Abfrage in den NDB-Datenbanken und anderen externen Datenbanken des Bundes überprüft», wie der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Interpellation der FDP-Fraktion schreibt, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Bestehen konkrete Hinweise auf terroristische Aktivitäten oder Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, wird das Gesuch abgelehnt und die Person muss die Schweiz verlassen.

Das Problem: Oft reisen Asylsuchende ohne Papiere ein. Daher «steht falschen Identitätsangaben nichts im Wege», schreibt der Bundesrat. Die Angaben, welche die Personen zu ihrer Identität machen, lassen sich nur schwer überprüfen. Denn solange das Asylverfahren läuft, dürfen die Schweizer Behörden keinen Kontakt mit den Behörden des Herkunftslandes aufnehmen, weil das die Sicherheit der Asylbewerber gefährden könnte. «Ein Restrisiko lässt sich nicht vermeiden», schreibt die Regierung.

Vorkehrungen ungenügend

FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (Basel-Landschaft), welche die Interpellation anstiess, ist mit der Antwort des Bundesrats nur teilweise zufrieden. «Es ist nicht klar, wie detailliert die Informationen sind, auf die sich der NDB stützen kann.» Zudem würde sie gerne wissen, ob der Nachrichtendienst Asylbewerber, die aufgrund von Terrorismusverdacht das Land verlassen müssen, weiter auf dem Radar behält. Schneeberger behält sich vor, dazu mit einem weiteren Vorstoss beim Bundesrat nachzufassen.

Für Schneeberger ist klar, dass die momentanen Vorkehrungen der Schweiz gegen Terroristen, die sich als Flüchtlinge tarnen, ungenügend sind. Aus ihrer Sicht braucht es «bessere Abklärung, Überprüfung und Überwachung». Auch SP-Sicherheitspolitikerin Chantal Galladé (Zürich) betont: «Das Risiko ist real.» Aus ihrer Sicht ist vor allem die Zusammenarbeit des NDB mit ausländischen Geheimdiensten zentral, um Hinweise auf verdächtige Personen zu erhalten.

«Mit Schengen unmöglich»

Für CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann ist es «ganz schwierig», dem Problem Herr zu werden. Man könnte die Betreuungspersonen dazu aufrufen, verdächtige Handlungen zu melden, schlägt sie vor. «Der Nachrichtendienst kann hier nicht auf Vorrat Leute überwachen.» SVP-Nationalrat Peter Keller sieht das Problem grundsätzlicher: «Mit Schengen und einem europäischen Asylsystem, das nicht mehr funktioniert, ist es unmöglich, eine vernünftige Kontrolle durchzuführen.»

Bild: epa/Michael Reichel

Nachdem ein Asylsuchender Seiten aus einem Koran herausgerissen hatte, kam es in einer Asylunterkunft in Suhl im Bundesland Thüringen zu Tumulten.

Wegen Schleppern werden Haftplätze in Bayern rar

Die Zahlen sind eindrücklich: Allein für dieses Jahr rechnet Deutschland mit insgesamt 800 000 Asylanträgen. Und wo Flüchtlinge sind, da sind auch Schlepper. Das hat nun auch Folgen für die deutsche Strafjustiz: In mehreren Bundesländern gibt es einen starken Anstieg der Ermittlungsverfahren gegen Schlepper. Allen voran steht Bayern mit über 1300 Fällen allein im ersten Halbjahr. Gut 600 Menschen sitzen im Freistaat wegen Verdachts auf Schlepperdienste in Untersuchungshaft, wie eine Sprecherin des Justizministeriums in München gestern mitteilte.

Mittlerweile hat die bayrische Justiz deswegen sogar Platzprobleme in den Gefängnissen. Doch auch in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Bremen haben die Staatsanwälte erheblich mehr mit Schlepperverfahren zu tun. Das ergab eine Umfrage der Nachrichtenagentur dpa. Brennpunkt ist Passau an der österreichischen Grenze, wo eine der beiden Hauptflüchtlingsrouten aus den Kriegsgebieten des Mittleren Ostens endet – nämlich jene über den Balkan. In Passau werden so viele mutmassliche Schlepper festgesetzt, dass die Zahl der Untersuchungshäftlinge mittlerweile die Zahl der Haftplätze um fast das Fünffache übersteigt. «Wir haben aktuell rund 350 Haftsachen wegen Schleusungen», erklärte gestern Sprecherin Ursula Raab-Gaudin. In der Justizvollzugsanstalt gebe es aber nur 75 Haftplätze. Deswegen müssen die Häftlinge laut dem bayrischen Justizministerium landesweit auf andere Gefängnisse verteilt werden.

Angriffe auf Polizisten

Die Zahlen werfen die Frage auf, ob bayrische Amtsrichter schneller Haftbefehle ausstellen als ihre Kollegen in anderen Bundesländern – obwohl das Strafrecht bundesweit einheitlich gehandhabt werden soll. So sass in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Bremen und im Saarland Ende Juli niemand wegen Schleusungsverdachts in Untersuchungshaft.

Während die Bundesländer gegen Schlepper vorgehen, sind diese Woche auch Asylbewerber gegeneinander vorgegangen. So kam es in einer Asylbewerberunterkunft im ostdeutschen Suhl im Bundesland Thüringen zu heftigen Krawallen mit 15 Verletzten – darunter sechs Beamte. Rund 50 Menschen griffen Polizisten mit Steinen und Eisenstangen an und beschädigten Mobiliar und Polizeiwagen.

Facebook-Aktion für Flüchtlinge

Wie die Polizei in Erfurt erklärte, wurden die Ereignisse von einem Bewohner ausgelöst, der Seiten aus einem Koran herausriss und deswegen von anderen Flüchtlingen attackiert wurde. Die Situation war laut Polizei bereits gestern wieder ruhig. Der Mann, der die Ereignisse wohl ausgelöst hatte, sei nun zu seiner Sicherheit in Schutzgewahrsam. Wegen der Vorfälle liefen nun Ermittlungen.

Der Flüchtlingsrat des Bundeslandes Thüringen äusserte sich «bestürzt» und führte die Eskalation auf Überbelegung und desolate Wohnverhältnisse zurück. Ähnlich äusserten sich die Polizeigewerkschaften. So forderte Gewerkschafts-Vizepräsident Jörg Radek einen sofortigen Krisengipfel in Berlin. «Überfüllte Unterkünfte, qualvolle Enge ohne jegliche Privatsphäre schaffen schon bei der kleinsten Kleinigkeit Konflikte, die schnell in Gewalt umschlagen können», sagte Radek.

Er kritisierte den für September angekündigten Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern angesichts der Lage als zu spät. Der Leidensdruck der Asylbewerber werde durch die Anfeindungen und Angriffe, wie sie sich in den letzten Monaten in Deutschland gehäuft haben, verschärft, sagt eine immer breiter werdende Bewegung.

Touristen statt Asylsuchende

Neben Prominenten wie dem Schauspieler Til Schweiger oder der ARD-Moderatorin Anja Reschke engagieren sich immer mehr Normalbürger für die aus ihrer Heimat Vertriebenen – unter anderem über eine Facebook-Aktion namens «Welcome Challenge». Bereits über 7500 Nutzer sind der Gruppe beigetreten, viele von ihnen starten kleine Aktionen, um die Flüchtlinge in Deutschland willkommen zu heissen und berichten dann auf Facebook darüber. Das Ziel der Berliner Initiatoren ist es, auf diese Weise eine Massenaktion ins Rollen zu bringen. So schreibt eine Frau, sie habe einer Familie aus Ägypten Berlin gezeigt. Am Ende der Tour habe ihr die Mutter gesagt: «Danke! Dank dir haben wir uns wie Touristen gefühlt und nicht wie Asylsuchende.» (sda/mla)